

Mindestsicherung wird besser

Vor drei Jahren präsentierte der Landes-Rechnungshof einen Bericht zum Umgang mit der Mindestsicherung in den einzelnen Bezirken, nun stand die Nachprüfung an.

Von Moritz Moser
moritz.moser@neue.at

Die offene Mindestsicherung soll Menschen, die von Armut betroffen oder armutsgefährdet sind, finanziell unterstützen. Die Bezirkshauptmannschaft kann neben den klassischen Mindestsicherungsbezügen in ihrem Rahmen etwa auch einen neuen Kühlschrank finanzieren, wenn dafür das Geld nicht reicht.

Allerdings wurde das in der Vergangenheit nicht im ganzen Land stets einheitlich gehandhabt. Einen neuen Staubsauger bekam man beispielsweise nur von manchen Bezirkshauptmannschaften bewilligt. Zudem kam es zu Fehlüberweisungen. So wurde in einem Fall die ganze Miete einer bedürftigen Familie von der BH an die Vermieterin überwiesen, gleichzeitig bekam die Familie aber noch einen

Mietzuschuss für den bei ihr lebenden Großvater. Für beide Vorgänge waren unterschiedliche Sachbearbeiter zuständig.

Der Landes-Rechnungshof hat diese und ähnliche Probleme bei der Vollziehung der Mindestsicherung in einem ersten Bericht 2020 aufgezeigt. In einem nun veröffentlichten Folgebericht wurde überprüft, welche Vorschläge in der Zwischenzeit umgesetzt wurden.

Positive Entwicklung. Es habe seitdem „wesentliche Änderungen“ gegeben, so der Landes-Rechnungshof. Das Land und die Bezirkshauptmannschaften hätten von 42 Empfehlungen 69 Prozent umgesetzt, was über dem Durchschnitt liege. Weitere 24 Prozent der Vorschläge befinden sich noch in Umsetzung, nur sieben Prozent wurden nicht umgesetzt. Einige Veränderungen gingen auch auf das neue



Sozialhilfegrundgesetz des Bundes zurück, das unter der Bundesregierung Kurz beschlossen worden war und die Leistungen aus der Mindestsicherung in einigen Bereichen wesentlich und zum Teil verfassungswidrig einschränkte. Abseits dieser

Vorgaben des Bundes bemühte sich die Verwaltung die Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes umzusetzen. So nahm die Sozialabteilung des Landes nach dem ersten Rechnungshofbericht wieder regelmäßige Überprüfungen bei den Sozi-

LANDTAG

SPÖ stellt Anfrage zu Grundeigentümern

Die SPÖ will mit einer Anfrage im Landtag der Baulandhortung und Wohneigentum auf den Zahn fühlen.

Die Ungleichheit bei der Vermögensverteilung habe in den letzten Jahren zugenommen, so die Vorarlberger SPÖ in ihrer Anfrage an Landeshauptmann Markus Wallner und Landesrat Marco Tittler (beide ÖVP). Die Baulandpreise seien allein zwischen 2015 und 2018 um 43 Prozent gestiegen, die Kosten für Eigenheime um 44 Prozent. Seitdem habe sich die Lage nicht gebessert. Die SPÖ möchte

daher wissen, ob das Land die Besitzverhältnisse von Grund und Boden sowie von Wohneigentum erhebt. Insbesondere interessiert sie sich auch dafür, wie viele Privatpersonen sich den bebauten und unbebauten Grundbesitz im Land teilen.

Eigentlich Bundessache. Die Grundbücher werden allerdings von den Bezirksgerichten und damit vom Bund geführt. Einzel-

Wem Vorarlberg gehört, wird wohl noch länger ein Geheimnis bleiben.

NEUE



kontrolliert



Die Mindestsicherung besteht nicht nur aus Dauerbezügen, sondern auch aus der Übernahme von Sachleistungen. GINDL/APA

abteilungen in den Bezirkshauptmannschaften vor, die sie zuvor eingestellt hatte. Seitdem werden die Ergebnisse in regelmäßigen Gesprächen geteilt, um die einheitliche Vollziehung der Mindestsicherung im ganzen Land zu gewährleisten. Die Zu-

abfragen kosten außerdem Geld. Allerdings hat der Oberste Gerichtshof erst im Februar festgestellt, dass bei berechtigtem Interesse auch Gruppenabfragen möglich sein müssen. Dass das Land solche durchführen lässt, ist allerdings zweifelhaft. Auch ist nicht klar, ob die Bezirksgerichte entsprechenden Anfragen trotz der höchstgerichtlichen Judikatur ohne lange Rechtswege entsprechen würden.

Eigentumsstatistik. Die SPÖ will nichtsdestotrotz auch wissen, welche Prozentsätze des gewidmeten Baulandes in Vorarlberg juristischen und privaten Personen gehören, wohl um möglicher Baulandhortung

„Es gelang, die Zusammenarbeit deutlich zu stärken und den Vollzug weiter zu vereinheitlichen.“

Landes-Rechnungshof

sammenarbeit sei deutlich gestärkt worden, so der Bericht.

Weniger Barauszahlungen. Um Unregelmäßigkeiten aufzuklären, wurde außerdem die Prüfung der Mindestsicherungsfälle zentralisiert. Zudem wurden die Barauszahlungen um 90 Prozent reduziert. Anstelle von Bargeld werden nun weitgehend Lebensmittelgutscheine ausgegeben. Die Bezirkshauptmannschaft Bludenz überweist die Heizkostenzuschüsse nun vorwiegend, anstatt sie bar auszuzahlen.

In Feldkirch hatte man auf ärztliche Gutachten verzichtet, um geltend gemachte medizinische Kosten zu überprüfen – auch das hat sich mittlerweile geändert. Auch die Auszahlung von Sonderbedarfen wie Staubsaugern wurde vereinheitlicht.

nachgehen zu können. Außerdem sollen die beiden Mitglieder der Landesregierung für die Sozialdemokraten die Zahl der Eigenheimbesitzer im Land erheben. Laut Statistik Austria, – die Ergebnisse lassen sich googeln – lag diese zuletzt bei 55,8 Prozent und damit über dem Bundesschnitt von 47,9 Prozent. Allerdings fiel der Anteil jener Vorarlberger, die im Wohneigentum leben, zwischen 2010 und 2021 von 62,4 Prozent auf den genannten Wert – der stärkste Rückgang unter allen Bundesländern. Abschließend stellt die SPÖ die Frage, wie das Land in ein mögliches Ungleichgewicht bei der Verteilung eingreifen möchte. **Moritz Moser**

Wie ein Dolmetscher, der nur Hauptwörter kennt

Die Grünen preschen einmal mehr in Neu-(oder Öd-?)land vor: Gastronom Joachim Ivany, der die Sparte für die Partei in der Wirtschaftskammer vertritt, setzt sich für eine „vegane Kochlehre“ ein, auch und vor allem, um den Beruf – Stichwort Fachkräftemangel – für „junge Menschen mit Fokus auf fleischlose Ernährung“ attraktiver zu machen.

Beim ersten Drüberlesen eine gar nicht mal so schlechte Idee. Allerdings: Trotz Werbe-Overkill, bei dem Medienkonsumenten eingeredet wird, dass die veganen Gerichte mittlerweile besser schmecken als ein totes Rind („Wir haben 120 leckere Veggie-Burger für dich gefunden“, freut sich etwa die einschlägige Internetseite „Chefkoch“) gibt es in Österreich nur etwa 106.000 Veganer, was 1,2 Prozent der 8,956 Millionen Einwohner des Landes ausmacht. Schön, dass es für diese eigene Restaurants und Angebote im Supermarkt gibt; eine eigene Lehre scheint mir allerdings etwas übertrieben. Zum Vergleich: Über drei Prozent aller Österreicher besitzen einen Mercedes, und weder der Kammer noch den Produzenten in Sindelfingen wäre eingefallen, eine Mechanikerlehre ausschließlich für Mercedes-Modelle anzubieten.

Zurecht, denn auch ich teile die Meinung von Koch-Bundesausbildungsleiter Gerhard Royda, dass ein gut ausgebildeter Koch selbstverständlich auch vegan kochen können muss. Daher verstehe ich die vorauseilende Spezialisierung zum rein „veganen Koch“ nicht ganz. Rührt diese

Jägerlatein

Von Raimund Tschako Jäger
raimund.jaeger@neue.at



daher, dass die Auszubildenden den Geruch von Fleisch, Fisch und Milchprodukten oder auch den haptischen

Umgang mit diesen Nahrungsmitteln so gar nicht ertragen? Dann ist vielleicht der Beruf des Kochs – im Gegensatz zu jenem des Gärtners oder auch Landschaftsarchitekten – per se nicht ideal. Schließlich werden, um bei obigem Vergleich zu bleiben, auch nur sehr wenige Menschen Automechaniker, die den Geruch von Benzin oder Motoröl nicht ertragen können.

Zudem: Hat man seine Lehre erst einmal beendet, kann man sich später natürlich spezialisieren, und von mir aus kann sich ein Küchenchef ausschließlich der Zubereitung von Artischocken oder Schnecken widmen. Die Ausbildung der meist sehr jungen und in ihrer weiteren Lebensplanung noch unsicheren Aspiranten sollte aber schon in eine universelle Richtung gehen, allein der beruflichen Möglichkeiten wegen. Und daher erscheint mir, tut mir leid, Herr Ivany, die Einschränkung auf ausschließlich veganes Kochen ähnlich wie eine Dolmetscherausbildung, die nur Hauptwörter berücksichtigt. Da fehlt dann einfach zu vieles ...

Hinweis: Der Inhalt dieser Kolumne muss nicht die Meinung der Redaktion widerspiegeln.